

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1. - 2

Neue Milliardenbelastung

64

Gedanken zum Ausgleich des Bundeshaushalts 1967
Von G. Ritzel, MdP
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

3

Forscher Strauss

20

Bundesverteidigungsminister macht in serie

3

Viel Vergnügen!

24

Was die Presse zu unterlassen hat

4

Fairness

31

CDU sucht Gründe ihrer Wahlniederlage in NRW
... und was dabei herauskam

5

Nicht aktuell?

38

Überlegungen zu einem Hinweis Kennedys

6

Ferien in der Sowjetunion

57

Sowjetbürger sollen "gross verreisen"
Zwei Millionen Urlauber per Flugzeug
Von Rudolf Hornig

* * *
* * *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Neue Milliardenbelastung

Gedanken zum Ausgleich des Bundeshaushalts 1963

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Die erneut drohende Erhöhung der Endsumme des Jahreshaushalts des Bundes - diesmal für 1963 - und die Frage nach der Möglichkeit zum grundgesetzlich vorgeschriebenen Ausgleich der neuen zusätzlichen Milliardenaufwendungen wirft zwei Hauptprobleme auf:

1. Ist es möglich, die von den einzelnen Ministerien angeforderten Mehraufwendungen zu reduzieren?
2. Ist es möglich, die Bundessteuereinnahmen in vertretbarer Weise zu steigern?

Zu dem ersten Fragenkomplex können der Bundestag und seine Ausschüsse erst Stellung nehmen, wenn die Mehranforderungen im einzelnen bekannt sind. Bekannt ist bis heute nur eine erneute wesentliche Steigerung der Verteidigungsaufwendungen. Bekannt ist auch, daß die Regierung offensichtlich nicht willens ist, die von dem früheren Bundesfinanzminister Franz Eitel einmal auf 13 Milliarden DM geschätzte Summe aller Subventionen entscheidend zu senken. Im Gegenteil: Eine Tendenz zur weiteren Erhöhung der Subventionen ist neuerdings deutlich sichtbar geworden.

Ist es möglich, die Steuereinnahmen des Bundes in vertretbarer Weise zu steigern? Bundesfinanzminister Dr. Starke verfolgt offensichtlich das Ziel, die Steuereinnahmen des Bundes durch eine Änderung des Verteilungsschlüssels der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erhöhen.

Heute partizipiert der Bund mit 35 Prozent, die Länder mit 65 Prozent an diesen Erträgen. Zur Herstellung des Haushaltsausgleichs 1962 haben die Länderfinanzminister einen "freiwilligen Beitrag" von 1050 Millionen DM zugesagt. Die Erfüllung dieser Zusage ist erst möglich, wenn die einzelnen Länderparlamente die hierfür erforderlichen Bewilligungen in Nachtragshaushalten für 1962 ausgesprochen haben.

Dem Bundesfinanzminister schwebt für das kommende Jahr eine Änderung des Verteilungsschlüssels vor, die dem Bund mindestens das Dreifache des diesjährigen freiwilligen Opfers der Länder durch Gesetz bringen soll. Ist diese Steigerung der Bundessteuereinnahmen auf Kosten der Länder zu vertreten?

Die Antwort muß verschiedene Faktoren berücksichtigen. Es ist unbestreitbar, daß die Steuereinnahmen der Länder eine wesentlich stärkere Steigerung als die des Bundes aufweisen, andererseits steht fest, daß es nicht die Länder allein sind, die die 55 Prozent Anteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer genießen, sondern daß die Gemeinden in entscheidender Weise an diesen Erträgen, wenn auch nur indirekt und im Wege der Landesgesetzgebung, beteiligt sind. Die verantwortlichen Stellen müssen sich darüber klar sein, daß jede Senkung des Länderanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer eine Gefährdung der Gemeindehaushalte und des auch hier vorgeschriebenen Ausgleichs zwischen Einnahmen und Ausgaben bedeutet. Diese Feststellung trifft umso härter, als der Bund bis heute bewußt versäumt hat, den Gemeinden neben der konjunktur-empfindlichen Gewerbesteuer und den aus überholten Bewertungsgrundlagen stammenden Erträgen der Grundsteuer eine wirklich stabile eigene Steuerquelle zuzuweisen. Soweit einzelne Länder, so die Länder Hessen und Bayern, bemüht sind, Landessteuererträge den Gemeinden direkt zu überlassen, ändert dies die oben geäußerte Besorgnis nicht, sondern bedeutet eine Gefährdung dieser gut gemeinten Landesmaßnahmen, wenn zugleich durch Kürzung des Landesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer die Überlassung eines größeren eigenen Landessteueraufkommens an die Gemeinden in Frage gestellt wird.

Das Ergebnis der bisherigen Politik der Bundesregierung spiegelt sich in der übermäßigen Verschuldung zahlreicher Gemeinden und in der relativ geringen Verschuldung des Bundes, der es im Gegensatz zu den Gemeinden bis heute verstanden hat, vermögenswirksame Ausgaben, die mehreren Generationen zugutekommen, aus den Steuereinnahmen der einzelnen Rechnungsjahre zu decken.

Die Sorge um den Bundeshaushalt allein kann für die entscheidenden Instanzen in Bund und Ländern nicht ausschlaggebend sein. Die Gemeinden und die Länder müssen ebenso wie der Bund befähigt sein, ihre Aufgaben zu erfüllen. Jeder Bundesbürger ist auch Bürger eines Landes und einer Gemeinde, der notwendige Ausgleich muß alle Faktoren berücksichtigen.

+ + +

Forscher Strauss

Bundesverteidigungsminister macht in seriös

sp - In einem kleinen Ort bei Vilshofen, wo Herr Strauss sonst immer hemdsärmelige Reden zu halten pflegt, betätigte er sich in dieser Woche anlässlich einer Tagung der Katholischen Erziehergemeinschaft Niederbayerns als seriöser und wissenschaftshungriger Beirats-Landesvater. Der Bundesverteidigungsminister meinte, die Regierung, in der er einen nicht unwichtigen Platz einnimmt, müsse endlich mehr Mittel für die naturwissenschaftliche Forschung bereitstellen. Nun ist das zwar keine neue Forderung, aber doch eine Überraschung für einen Mann, der seit etlichen Jahren ein maßgebliches Wort in der von ihm auf ihre Pflichten aufmerksam gemachten Regierung mitzureden hat. FDP-Finanzminister Starke, der sich bekanntlich um eine Drosselung der Ausgaben bemüht, wird seine helle Freude an Kabinettskollege Strauss haben, der plötzlich seine Liebe für die naturwissenschaftliche Forschung entdeckt.

Als wir in einigen Zeitungen die Forschungsforderung des Herrn Strauss lasen, meinten wir zunächst, er wolle mehr Mittel haben, um die Forschung in der "Affaire Fibag" voranzutreiben. Das war ein Irrtum. Herr Strauss meint es wirklich ernst mit der wissenschaftlichen Forschung, weil er glaubt, daß er damit den Anspruch erheben darf, als seriöser Mann zu gelten.

+ + -

Viel Vergnügen !

sp - So langsam sickert jetzt durch, was sich die Reformer unseres Strafgesetzbuches für die Presse ausgedacht haben. die ja - wie man weiß - "an allem schuld" ist, wenn etwas schief geht. im geplanten neuen Strafgesetzbuch wird es voraussichtlich einen "Indiskretions-Paragrafen" geben, mit dessen Hilfe ein Redakteur Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren erhalten kann, wenn er "unbefugt" über Privatangelegenheiten anderer Leute schreibt. Auch die publizistische "Schmälerung des sozialen Ansehens" soll mit ähnlichen Strafen belegt werden, sofern der Journalist Tatsachen darstellt, "ohne einen verständigen Grund" dafür zu haben. Sehr interessant ist auch die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit, einen Journalisten vor den Kadi zu bringen, wenn er über bereits öffentlich bekannte Tatbestände schreibt. Unbestraft bleibt dagegen jemand, der dieselben öffentlich bekannten Tatbestände mündlich weitergibt. Kein vernünftiger Journalist wird sich darüber aufhalten, wenn die Intimsphäre eines Menschen geschützt wird. Da aber auch bei dem jetzt vorliegenden Entwurfslinien der Strafgründe hinreichend definiert wird - was ist z.B. "ein verständiger Grund" ? - ist es zu empfehlen, daß sich die Redaktionen jetzt schon nach "Sitzredakteuren" umsehen. Auch der Begriff "öffentliches Interesse" bleibt in dem neuen Gesetzesentwurf undefiniert, wodurch praktisch jede Kritik an der Handlungsweise einer im öffentlichen Leben stehenden Person unterbunden wird. Viel Vergnügen !

+ + +

Fairness

sp - Aus einer großen Industriestadt in Nordrhein-Westfalen wird uns geschrieben:

Kurz nach der Landtagswahl haben CDU-Funktionäre festzustellen versucht, warum die Sozialdemokratie einen so beachtlichen Erfolg erringen konnte, die Christlich-Demokratische Union dagegen ihre absolute Mehrheit verlor. In einer Jugendorganisation regten sie daher eine Diskussion über diese Frage an und erfuhren hierbei u.a., daß Wahlkampfmethoden der CDU, besonders bei den Jungwählern als "unfair" gelten.

Diese sehr verallgemeinernde Behauptung wurde auf Gegenfragen mit dem Hinweis erläutert, die CDU habe der SPD die Forderung nach "dem blauen Himmel gestohlen". Als Willy Brandt im vergangenen Jahre vor der Bundestagswahl verlangt hatte, die Menschen im Industriegebiet müßten endlich wieder saubere Luft atmen können, der "Himmel über der Ruhr müsse wieder blau werden", sei er von der CDU ausgelacht worden. Denn aber, als man merkte, wie berechtigt die Forderung Willy Brandts war, und wie sehr sich die Menschen im Industriegebiet angesprochen fühlten, habe die CDU "umgeschaltet" und plötzlich so getan, als sei sie ganz allein auf die Idee gekommen, der Himmel über Rhein und Ruhr müsse wieder sauber werden. Man habe sogar - so sagte ein Diskussionsredner - mit Steuergeldern Plakate für eine Sache geklebt, über die man noch vor gar nicht allzulanger Zeit gespottet habe. Das sei unfair und deshalb hätten viele Wähler der CDU eine Quittung gegeben.

Im dem uns übermittelten Bericht heißt es, die meisten Versammlungsteilnehmer hätten gerade bei dieser Bemerkung laut und anhaltend Beifall geklatscht...

* *
*

Wir wissen, daß Erfolg oder Mißerfolg einer Partei bei Wahlen sehr viele Gründe haben kann, aber daß junge Menschen unter den vielen Gründen für die Niederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen auch den Mangel an Fairness anführen, ist ein gutes Zeichen.

Nicht aktuell ?

sp - Die Entwicklung in Peru und in anderen Staaten, wo rückschrittliche Kräfte versuchen, den Status quo mit Gewalt zu erhalten, läßt die Bedeutung des Kennedy-Wortes:

"Die Alternative in Lateinamerika besteht nicht in der Wahl zwischen Revolution oder Status quo, weil der Status quo vor unseren Augen zusammenbricht".

immer aktueller werden. Erstaunlich ist jedoch, daß dieses Wort Kennedys so verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden hat, was natürlich die Frage entstehen läßt, w a r u m das wohl so sein mag.

Umfragen bei mehreren Zeitungsredaktionen haben ergeben, der interessante Hinweis Kennedys sei deswegen unter den Tisch gefallen, weil die meisten Nachrichtenagenturen ihr erst zu einer Zeit verbreitet hätten, da die Zeitungen bereits im Druck waren. Am nächsten Tag sei man nicht mehr darauf zurückgekommen, weil aktuellere Ereignisse die ganze Aufmerksamkeit der Redaktionen in Anspruch genommen hätten.

Aus anderen Antworten ergibt sich, daß man Kennedys Feststellung "überlesen" habe, weil sie auf ein Ereignis Bezug nehme, das "zu weit weg" liege.

Wieder andere Auskünfte besagen schlicht, man habe Kennedys Bemerkung einfach übersehen, oder nicht ganz verstanden.

Dieser vielleicht für manchen bedeutungslos erscheinende Vorgang gibt Veranlassung zu einigen nachdenklichen Betrachtungen. Wie soll eigentlich der Durchschnittsleser einer Zeitung über die Entwicklung von Gedankengängen in der Welt informiert werden, wenn man sich bei der Darstellung des Zeitgeschehens und des Zeitdenkens gemeinhin nur auf das Aktuelle und Sensationelle bezieht? Laufen wir hierbei nicht alle Gefahr, überrascht zu werden, wenn gewisse Gedankengänge, die ja doch meist politische Entwicklungen einleiten, von uns ignoriert werden?

Kennedy hat nämlich mit seiner Bemerkung das Vorhandensein einer Konzeption der amerikanischen Politik angedeutet, die sicher vielen Politikmachern in Europa gar nicht angenehm ist. Er verurteilte den Status quo des Denkens und des Handelns als untaugliches Mittel für die notwendige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, ganz gleich, wo und in welcher Form dieser auftritt. Als Gegenposition baut der amerikanische Präsident die demokratische Revolution, oder - wenn man so will - die demokratische Evolution auf, die offenbar nach seiner Meinung geeignet ist, dem Kommunismus Schach zu bieten.

Und dann wird uns erzählt, das sei nicht "aktuell".....

Ferien in der Sowjetunion

Von Rudolf Hornig

Der Sommerfahrplan der staatlichen sowjetischen AERFLCT ist ganz darauf abgestellt worden, bei den Sowjetbürgern das Bewußtsein zu erzeugen und auch zu festigen, daß "in keinem Land der Welt" so viel für den Urlauber getan werde wie in der Sowjetunion für "werkstätige Urlauber", zu denen auch alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie die Abgeordneten der verschiedenen Sowjets gehören. Sie alle können daran teilnehmen, daß die Zivilluftfahrt der Sowjetunion in diesem Sommer ihre Passagierleistung von 22 auf 30 Millionen Personen steigern will. Damit werde sie, so wird betont, eine Leistung erreichen, die etwa einem Viertel aller Passagierflüge in der Welt gleichkommt.

3 mal täglich Moskau - Ostsibirien per Flugzeug

Die bemerkenswerteste Einführung des diesjährigen Sommerfahrplans ist allerdings die Tatsache, daß ab Moskau jetzt täglich dreimal die bekannten Turbopropmaschinen TU 114 nach Chabarowsk in Ostsibirien verkehren und die 12.000 km lange Flugstrecke nur mit wenigen Zwischenlandungen bewältigen. Auch auf der Flugstrecke zwischen Moskau und Leningrad wird die Anzahl der Flugzeuge verdoppelt, zwischen Moskau und dem Schwarzmeerkurort Sotschi im Kaukasus verkehren jetzt täglich 17 Flugzeuge in beiden Richtungen.

"Moderner Urlaub"

Die Verbesserungen des Flugverkehrs von Moskau und Kiew zur Küste des Schwarzen Meeres ist deshalb wichtig, weil bereits im Vorjahr rund eine Million Urlauber und Kurgäste für die Reise nach den Schwarzmeerbädern das Flugzeug benutzen durften. Das Plansoll für diesen Sommer sind zwei Millionen. Nur zu diesem Zwecke hat man dieses dicke Netz von Flugverbindungen nach der Schwarzmeerküste geschaffen, das zu bestimmten Tageszeiten auch ausländischen Besuchern zur Verfügung steht. Gerade die Ausländer sollen sich auf jedem Flugplatz davon überzeugen können, wie "modern Urlauber in der Sowjetunion reisen" können.

Nicht genug Flugplätze

Offen wird jedoch in Moskau zugegeben, daß die Weiterentwicklung der Flugplätze nicht mit der rasanten Steigerung des Flugverkehrs standhalten. Der Moskauer Hauptflughafen Wnukowo wird zwar ständig erweitert und modernisiert, doch kann er die Zehntausende, die täglich Moskau anfliegen oder verlassen, kaum mehr bewältigen. Deshalb soll die Fertigstellung des vierten und größten Flughafens von Moskau beschleunigt werden, der in der Waldgegend von Domodedowo südöstlich von Moskau im Bau ist.